

NORDBAYERISCHER KURIER

Bayreuther Tagblatt
OBERFRÄNKISCHE ZEITUNG

FRÄNKISCHE
Presse

Ausgabe für Bayreuth Stadt und Land, Fichtelgebirge und Fränkische Schweiz

Nr. 13 / 1. Jahrgang

Bayreuth, Mittwoch, 17. Januar 1968

Einzelpreis 30 Pf



Viele Sizilianer vermißt

Ausmaß der Erdbebenkatastrophe immer deutlicher

PALERMO (dpa). Das gewaltige Ausmaß der schweren Erdbebenkatastrophe auf Sizilien wurde gestern immer deutlicher. Die Zahl der Erdbebenopfer soll unter 250 liegen.

Die sizilianische Polizei befürchtet jedoch nach wie vor, daß wahrscheinlich rund 500 Menschen ums Leben gekommen sind. 1500 Sizilianer wurden verletzt. Die gleiche Zahl von Einwohnern wird als vermißt gemeldet. Über 10 000 Menschen sind obdachlos geworden. Die Beben, die gestern in Westsizilien verspürt wurden, haben jedoch keine neuen Opfer an Menschenleben gefordert. Inzwischen hat das italienische

Kabinet unter den Vorsitz des Ministerpräsidenten Moro Maßnahmen zur Linderung der Not der Überlebenden der schweren Erdbebenkatastrophe erörtert. Unser obenstehendes Bild zeigt Carabinieri bei Ausräumungsarbeiten in der bei dem Erdbeben am meisten zerstörten Stadt Gibellina. Die Polizisten bergen ein Marienbild aus den Trümmern eines Hauses. (Weiterer Bericht im Innenteil).

London kürzt Verteidigungsetat

Schnellerer Rückzug östlich von Suez — Kein Kauf von US-Düsenjägern

LONDON (dpa/ap/up). Das gestern veröffentlichte britische Sparprogramm hat in der ganzen Welt starke Beachtung gefunden und teilweise großes Aufsehen erregt. Die wichtigsten Punkte des von Premierminister Wilson vor dem Unterhaus verkündeten Sparmaßnahmen sind: Großbritannien wird bis Ende 1971 und damit vier Jahre früher als bisher vorgesehen seine Truppen aus Südostasien und dem Persischen Golf zurückziehen, die in den USA bestellten Schwenkflügelflugzeuge werden nicht gekauft, die britischen Flugzeugträger werden außer

Aus Protest gegen das Programm ist bereits gestern der Führer des Oberhauses und Lordsiegelbewahrer Lord Longford zurückgetreten. Lord Longford gehörte dem Kabinet der Labour-Regierung an. Zu seinem Nachfolger wurde der Minister ohne Geschäftsbereich, Lord Shackleton berufen.

Mit dem Sparprogramm will die britische Regierung innerhalb der nächsten zwei Jahre schätzungsweise rund 716 Millionen Pfund (etwa 6,8 Milliarden DM) einsparen, den größten Teil im Verteidigungsbereich. Die Einsparungen, die drastischsten seit der schweren Krise des Jahres 1951, sollen nach der Abwertung des Pfundes vor acht Wochen zum Ausgleich der britischen Zahlungsbilanz beitragen.

Keine Stützpunkte außerhalb Europas

Der Premierminister erklärte, daß Großbritannien im Jahre 1972 von bestimmten Ausnahmen abgesehen — keine Stützpunkte außerhalb Europas oder des Mittelmeerraumes mehr unterhalten wird. Nach Abschluß des Rückzuges „östlich von Suez“ sollen auch die

drei letzten Flugzeugträger außer Dienst gestellt werden, die der einst größten Seemacht der Erde noch geblieben sind. Wilson kündigte auch eine Verminderung des Atom-U-Boot-Programms an.

Armee wird verkleinert

Durch den Verzicht auf die schon in den USA bestellten 50 Atomomboträger des Typs F 111 hofft die Regierung nach Zahlung einer Konventionalstrafe von 520 Millionen DM rund 400 Millionen Pfund (etwa 3,8 Milliarden DM) — verteilt über einen längeren Zeitraum — zu sparen. Auch der Mannschaftsbestand des britischen Heeres soll beschleunigt vermindert werden.

Verhandlungen über Rheinarmee

Die Frage des Devisenausgleichs für die Rheinarmee streifte der Premier nur kurz. Er teilte mit, daß in Bonn schon vorbereitende Gespräche darüber begonnen hätten. Das geltende Devisenabkommen läuft im März aus.

Proteste gegen Rezeptgebühr

Von lauten Protesten aus seiner eigenen Fraktion wurde der Premier unterbrochen, als er in der spannungsgeladenen Atmosphäre des überfüllten Unterhauses die Wiedereröffnung der Rezeptgebühr ankündigte.

Damit stieß Wilson den Grundsatz der kostenfreien Gesundheitsfürsorge um, den die Labour Party bisher als „weltanschauliches Prinzip“ verfochten hatte. Die Gebühr beträgt 1,25 Mark je Rezept.

Ein Sprecher in Washington erklärte zu den Sparmaßnahmen: „Wir bedauern die Mitteilung der britischen Regierung!“ Er gab keinen weiteren Kommentar, Schweizer Ba. Kreise hingegen reagierten positiv auf die „energischen Schritte“ Wilsons zum Ausgleich der Zahlungsbilanz.

Bundeskanzler Kiesinger erklärte in Bonn, daß die Bundesregierung diesen Schritt Londons begrüße. Wie ergänzend dazu bekannt wird, hat sich die Bundesregierung bereits einverstanden erklärt, Anfang Februar über ein Devisenausgleichsabkommen mit London zu verhandeln.



SPARPROGRAMM VERKÜNDET: Englands Premier Wilson auf der Fahrt zum Parlament.

Kampf gegen Hochwasser

MÜNCHEN (dpa/up). Die bayerische Donaustadt Passau ist gestern von einer schweren Hochwasserkatastrophe heimgesucht worden. In Passau, das schon zu den traditionell vom Hochwasser bedrohten Städten zählt, wurden Rathausplatz und zahlreiche Lagerhäuser überschwemmt. In einem Großesatz gelang es Bundeswehr, Feuerwehr und Polizei 50 Autos vor den Fluten zu retten. Mehrere andere wurden teilweise schwer beschädigt. Vilshofen, in dem 40 Häuser beschädigt und geräumt wurden, ist nicht mehr in dem befürchteten Maße bedroht: Die Eisstaunungen auf der Donau haben sich in Bewegung gesetzt und lassen das aufgestaute Wasser abfließen. Auch die oberfränkische Gemeinde Kemmern, schon von dem schweren Hochwasser an Wehnmachen in Mitleidenschaft gezogen, bereitet sich auf die Evakuierung eines Teils der 3 000 Einwohner vor. Die Pegelstände von Main und Regnitz nahmen gefährliche Ausmaße an. (Weiter Bericht im Innenteil.)

Wichtige Änderungen bei Notstand

SPD meldet Forderungen an — Bundeswehr soll keine Polizeitruppe sein

BONN (dpa). Die Sozialdemokraten sind entschlossen, die Notstandsverfassung bis zur parlamentarischen Sommerpause zu verabschieden. Zugleich meldeten sie gestern nach einer zweitägigen Klausurtagung ihrer Bundestagsfraktion einen Katalog von Forderungen an, mit denen die Regierungsvorlage verändert werden soll.

Die SPD wünscht im Gegensatz zum Regierungsentwurf einen Unterschied zwischen dem Zustand der äußeren Gefahr und Spannungszeiten. Der Bundestag soll soweit wie möglich funktionsfähig erhalten werden. Die SPD wünscht auch eine Unterscheidung zwischen Katastrophenfall und innerem Notstand. Für den Katastrophenfall sollen alle denkbaren Hilfsmöglichkeiten eingesetzt werden. Beim inneren Notstand soll der Einsatz der Bundeswehr möglichst überflüssig gemacht werden. Dafür wird an die Einbeziehung des Bundesgrenzschutzes und an eine Verstärkung der Polizei gedacht.

Der Artikel 143 des Grundgesetzes soll nicht geändert werden. Dieser Artikel besagt, daß die Voraussetzungen für den Einsatz der Bundeswehr im Falle eines Notstandes nur durch ein Gesetz geregelt werden kann, das mit zwei Drittel Mehrheit vom Bundestag und Bundesrat verabschiedet wird.

Die Sozialdemokraten wünschen ferner, die Pflicht und das Recht auf Widerstand gegen eine Bedrohung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Grundgesetz Artikel 18 zu verankern.

Die Fraktion strebt auch eine befriedigende Lösung zur Sicherung des Streikrechtes als wichtigstes Instrument des Koalitionsrechts und der Autonomie der Tarifpartner an. An eine ausdrückliche Verankerung des Streikrechtes als Mittel des Arbeitskampfes ist dabei — wie verlautet — nicht gedacht.

Der stellvertretende SPD-Vorsitzende, Bundesminister Herbert Wehner, sagte zu den Beratungen seiner Fraktion, es sei dabei nicht darum gegangen, den Gesetzentwurf der Bundesregierung zu Fall zu bringen. Es sei im Gegenteil „eine besonders sorgfältige parlamentarische Feinarbeit“.

Endgültige Quoten

Lotto: Gewinnklasse 1: 1mal 506 000 DM, Gewinnklasse 2: 29mal 145 059,30 DM, Gewinnklasse 3: 870mal 5430 DM, Gewinnklasse 4: 57 509mal 82,10 DM, Gewinnklasse 5: 1 137 911mal 4,15 DM
Toto: Ergebnissette 1. Rang: 5mal 55 770,85 DM, 2. Rang: 152mal 1834,55 DM, 3. Rang: 1977mal 141 DM. — Auswahl-Wette „6 aus 39“: 1. Rang 2mal 117 767,40 DM, 2. Rang 10mal 5888,35 DM, 3. Rang 306mal 577,25 DM, 4. Rang 13 055mal 18 DM, 5. Rang 194 246mal 2,40 DM. (ohne Gewähr).



EINEN LANDUNGSSTEG baute dieser Metzger in Zell an der Mosel, um seinen Kunden nasse Füße zu ersparen. Das Geschäft muß eben auch bei Hochwasser gehen. In der Hauptstraße reicht das Wasser bereits bis zum Knie

Hohe Verluste für Saigon

Blutigste Kriegsphase — Romney: Vietnam neutralisieren

SAIGON (ap/up). Das Hauptquartier der südvietnamesischen Streitkräfte bezeichnete gestern die vergangene Woche als eine der für die Regierungstruppen blutigsten Phasen des gesamten Krieges. Innerhalb von sieben Tagen hätten die Truppen 357 Mann durch Tod, 946 durch Verwundung und 110 durch Gefangennahme oder als Vermißte eingebüßt.

Die hohen Verlustziffern werden auf die kommunistische Offensive zurückgeführt, die kurz nach Ablauf der Waffenruhe zum Jahreswechsel einsetzte. Die Verluste des Gegners in der vergangenen Woche gab das südvietnamesische Hauptquartier mit 2216 Gefallenen an.

Um vier amerikanische Kameraden zu retten, hat sich ein südvietnamesischer Soldat auf eine in einen Unterstand fliegende Handgranate geworfen. Er war auf der Stelle tot, die Amerikaner kamen mit leichten Verletzungen davon.

Durch eine dichte Wolkendecke haben US-Piloten nach Radarortung versehentlich einen eigenen Hubschrauber abgeschossen. Unterdessen geht die politische Diskussion um den Krieg weiter. Gouverneur Romney einer der Bewerber bei der kommenden Präsidentschaftswahl in den USA, erklärte, er bemühe sich gegenwärtig um eine Einigung zwischen Saigon und dem Vietkong um Südvietnam zu neutralisieren.

Sowjetführer bei Ulbricht

BERLIN (up). Der sowjetische Parteichef Breschnew, Staatspräsident Podgorny und Ministerpräsident Kossygin haben eine Meldung der Ostberliner Nachrichtenagentur ADN zufolge am Montag und Dienstag der Regierung der DDR einen nicht offiziellen Besuch abgestattet.